

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post.

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 88.—
ganzzährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich 16 Bl.

Abriistung tut not!

Zur französischen und polnischen
Staatskrise.

Die französische Demokratie ist von einer schweren Krise erschüttert, die ihre Ursache in der schwierigen Lage der französischen Wirtschaft und der Staatsfinanzen hat. Diese finanzielle Not ist nicht etwa, wie die reaktionären Kreise Frankreichs behaupten, eine Folge der Tätigkeit der Regierungen des Linksfortells, sondern eine Folge der Zerstörung der französischen Wirtschaft im Kriege und der gewissenlosen und leichtsinnigen Finanzpolitik des ehemaligen Bloc national. Der Finanzminister Kloss, Mitglied einer der reaktionären Nachkriegsregierungen, hatte den Satz geprägt, mit dem die französische Öffentlichkeit über die traurige Lage der Staatsfinanzen hinweggetäuscht wurde: „Le boche paiera!“ (Der Deutsche wird zahlen.) Nun, da Deutschlands Zahlungen durch den Dawesplan begrenzt sind, erkennt ganz Frankreich, daß es sich nicht auf Deutschlands Zahlungen, sondern auf die eigene finanzielle Kraft verlassen und die zerrütteten Staatsfinanzen in Ordnung bringen muß. Die Staatschuld ist inzwischen so angewachsen, daß von den 34 Milliarden Francs betragenden Einnahmen 22 Milliarden zur Deckung der Staatschuld verwendet werden müssen; weitere zehn Milliarden Francs macht der Heeresetat aus, so daß für alle wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben im Staat Frankreich, einfach kein Raum ist. Es ist damit, daß die Forderungen in Marokko und Syrien große Anforderungen an die Staatskasse stellen und das ganze Budget für das heutige Jahr über den Haufen werfen. Die Situation erfordert rasches Handeln. Im Dezember werden mehr als zweieinhalb Milliarden schwedischer Schulden fällig und man weiß heute noch nicht, wie man diese Zahlungen leisten soll, trotzdem die Bank von Frankreich den Notenumlauf vor kurzem um eineinhalb Milliarden erhöht hat. Die bürgerlichen Parteien innerhalb des Linksfortells und die sozialistische Partei können sich über die Art der Lösung des Finanzproblems nicht einig sein. Nachdem Cailleur Versuch, durch eine große innere Anleihe die schwebende Schuld in eine fundierte zu verwandeln, mißlungen ist, — brachte doch diese Anleihe statt der erwarteten 40 bis 50 Milliarden nur sechs Milliarden — unterbreitete der ehemalige Ministerpräsident Painleve der Kammer einen Plan auf einen zwanzigprozentigen Zuschlag zu allen Steuern, während der Kern des sozialistischen Finanzplanes die Kapitaisabgabe ist. Ferner erklärte die sozialistische Fraktion, unter keinen Umständen eine Vermehrung des Notenumlaufes zu dulden, weil dies eine Entwertung des Geldes und damit des Lohnneinnehmens der französischen Arbeiterklasse nach sich ziehen würde.

Einige Tage vor dem Austritt des zweiten Ministeriums Painleve ist es auch zum Austritt der Regierung in Polen gekommen, die sich in einer ähnlichen Lage befand. Seit anfangs 1924 war die polnische Währung durch Einführung des Zloty stabilisiert. Aber die Freude darüber sollte nur von kurzer Dauer sein; der Zloty bröckelt abermals an allen ausländischen Börsen ab, dem Lande droht eine neue Entwertung des Geldes. Der Debitorenrat der polnischen Nationalbank wird immer geringer, die Handelsbilanz weist allmonatlich ein Passivum von 60 bis 90 Millionen Zloty auf, ein wochenlanger Handelskrieg mit Deutschland hat das Wirtschaftslieben des Landes schwer geschädigt, eine Reihe großer Banken ist zusammengebrochen. Auch hier ist die Ursache der Finanznot und damit der Krise des Staates in den ungeheueren Militärausgaben zu suchen, die jede Stabilisierung der Währung, jede Erholung des Wirtschaftslebens unmöglich machen. Um die Kosten für den Militarismus herbeizubringen, hat die abgetretene Regierung wieder eine rücksichtslose Steuerpolitik durchgeführt, die die gesamte Produktion schwer belastet und die polnische Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig macht. Es

Außenpolitische Debatte

im Ständigen Ausschusse der Nationalversammlung.

Prag, 27. November.

Es gehörte zu den Spezialitäten des aufgelösten Parlaments, außenpolitische Fragen auf Nebengeleise zu schieben und sie immer nur dann zu behandeln, wenn es der Koalition paßte. Diese Art parlamentarischer Verhandlung, die im verstorbenen Parlament von unsern Genossen wiederholt auf das schärfste gegeißelt worden war, wurde vom Ständigen Ausschusse getreulich übernommen und wird auch, wie die Pessimisten glauben, im künftigen Parlament zu Hause sein. Bevor Dr. Benes nach Locarno ging, wurde er durch einen Antrag unseres Abgeordnetenklaubs aufgefordert, dem Hause Aufklärung über die außenpolitische Lage zu geben. Dr. Benes ging dem aus dem Wege und erst nach seiner Rückkehr aus Locarno, also nach vollzogenen Tatsachen, erklärte er der parlamentarischen Ausschusskommission, dem Ständigen Ausschusse, Bericht. Natürlich parlamentarische Gepflogenheit hätte es erforderlich gemacht, daß die Debatte sofort abgeführt werde. „Selbstverständlich“ gefach dies nicht, sondern nur deshalb, um in der Koalition während des Wahlkampfes keinen Mißton auskommen zu lassen, wurde die Debatte verschoben. Die nächste Sitzung des Ständigen Ausschusses aber konnte die Debatte wiederum nicht abführen, weil die Koalition einfach zu Hause blieb und so die Aussprache über das Benes-Exposé sabotierte. Heute erst, volle vier Wochen später, gibt es eine außenpolitische Debatte, die mit der zur Kenntnisnahme der Ministererklärung mit den Stimmen der Koalitionsparteien gegen die Stimmen der gesamten Opposition endete.

Von oppositioneller Seite benützte vor allem Genosse Dr. Cech die Gelegenheit, um den Gegensatz zwischen den schönen Worten des Herrn Dr. Benes vom Locarno-Geiste und den häßlichen Taten der Koalition im Zeichen des Versailles-Geistes aufzuzeigen. Angesichts der neuerlichen tschechoslowakischen brutalen Gewaltmaßnahmen, die sich vor allem gegen das deutsche arbeitende Volk richteten, konnte dies unserem Redner gar nicht schwer fallen.

Diesem Gegensatz zeigten auch die weiteren deutschen Redner Dr. Spiegel und Dr. Spina auf, der betonte, daß es auch der allergeringsten Außenpropaganda schwer fallen dürfte, das Ergebnis der Wahlen zu kontrahieren. „Handelt der Außenminister konsequent — diese Konsequenz würde letzten Endes zum wahren Patriotismus führen — dann muß er derselbe begeisterte Propagator von Locarno auch in der Innenpolitik seines Staates sein“, — so schloß Spina.

Somit drängte sich vor allem die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands de jure in den Vordergrund. Dr. Smeral warf Benes vor, diese Frage immer wieder zu verschleppen. Der tschechoslowakisch-sozialdemokratische Redner Dr. Soukup erklärte, daß seine Partei auf dem Standpunkt der vollen Anerkennung Rußlands stehe und daß die Lösung dieser selbstverständlichen Frage beschleunigt werden müsse. Gegen die Anerkennung sprach unter Anwendung der Kramarischen Argumentation nur der Nationaldemokrat Dr. Pajsa und in etwas gemäßigterer Form sein Parteikollege aus dem Senat Dr. Brabec.

Der Nationalsozialist Slavicek und auch Brabec hielten es für notwendig, die Unterdrückungspraxis der staatlichen Behörden zu verurteilen. Der Nationaldemokrat vertieg sich sogar so weit, die Ausmerzung der Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten aus dem Völkerbundschart zu verlangen!

Zum Schluß gab es eine der gewohnten Reden des Außenministers. Dr. Benes antwortete auf einige in der Debatte vorgebrachten Einwände mit vielen schönen Worten, wobei er unter anderem erklärte, daß er viel lieber das Genfer Protokoll angenommen hätte, als den Vertrag von Locarno . . .

Verailles oder Locarno?

Der Sprecher unserer Delegation im Ständigen Ausschusse, Genosse Dr. Cech, führte u. a. aus:

Die Mischachtung des Parlaments.

Das Vorgehen der Regierung beim Abschluß der Vereinbarungen von Locarno fordert zur schärfsten Kritik heraus. Weder zur seinerzeitigen Ueberwindung des tschechoslowakischen sogenannten Schicksalsschicksals an die reichsdeutsche Regierung, noch zum Eintritt der tschechoslowakischen Delegation in die Vertragsverhandlungen, noch auch zum Abschluß des Uebereinkommens in Locarno wurde das Einvernehmen mit den verfassungsmäßigen Faktoren und besonders mit der Nationalversammlung gepflogen und schon gar nicht die Entscheidung der zuständigen parlamentarischen Instanzen herbeigeführt. Man hat es nicht einmal der Mühe wert erachtet, in einem der vorgezeichneten Vertragsstadien an die zuständigen politischen Instanzen Bericht zu

erstatten, es vielmehr ganz ungeschicklich vorgezogen, die Berichterstattung in den Ministerrat, die Koalitions-Dezima und den Volksgesundschuß der tschechoslowakisch-nationalsozialistischen Partei zu verlegen, obwohl zur selben Stunde das Parlament verammelt war und eine Verhandlung des Gegenstandes im Plenum und im außenpolitischen Ausschusse möglich gewesen wäre. Man zeige uns noch ein zweites Parlament, das Derartiges ruhig hinnehmen würde. Gegen dieses der Demokratie geradezu höhnische Vorgehen muß mit aller Entschiedenheit Protest eingelegt werden. Es bildet ein würdiges

Schlusssatz in der Kette von Verfassungswidrigkeiten,

an denen die abtretende Regime so überreich gewesen ist, und die es vor der ganzen Welt für immerwährende Zeiten als volksfeindlich stigmatisiert.

treibt der Militarismus Frankreich und Polen an den Rand des Abgrundes.

Wir in der Tschechoslowakei sollten an den Erscheinungen dieser mit uns politisch befreundeten Staaten nicht gleichgültig vorübergehen. Wohl hat der Staatsvoranschlag für das nächste Jahr mit einem Ueberschuß abgeschlossen, aber wir haben schon bei der Vorlage des Budgets dargelegt, daß dieser Ueberschuß nur ein künstlich errechneter ist. Von zehn Milliarden Einnahmen verwendet man auch bei uns nicht weniger als zwei Milliarden für den Militarismus, zwei Milliarden für die Zinsenzahlung der Staatschuld, was zusammen vierzig Prozent der Gesamteinnahmen ausmacht. Auch bei uns können gleichwie in Polen die Kosten für den Militarismus nur aufgebracht werden durch eine drückende Besteuerung in absehbare Zukunft der Massen der arbeitenden Bevölkerung, durch hohe Eisenbahn-

tarife, durch die Steuer auf einen so wichtigen industriellen Bedarfsgegenstand wie die Kohle. Diese Besteuerung treibt auch bei uns die Produktionskosten in die Höhe und erschwert den Export der Industrieartikel. Das hat zur Folge, daß auch die Tschechoslowakei noch nicht jene Intensität des Wirtschaftslebens wieder erreicht hat wie vor dem Kriege, daß wir uns trotz einer sogenannten guten Konjunktur in Wahrheit seit dem Ende des Krieges in einer beständigen schleichen den Wirtschaftskrise befinden, welche die Lebenshaltung unserer Arbeiter leidet.

So sehen wir einen Teil der europäischen Staaten unter furchtbaren Militärlasten seufzen, während ein anderer Teil — Deutschland — große Zahlungen an das Ausland zu leisten hat. Alle europäischen Staaten sind mit unproduktiven Ausgaben belastet und so kommt es, daß die europäische Wirtschaft nicht jenen Rang in der Welt

Der Kapitalismus bedeutet Krieg.

Und nun zum Exposé des Außenministers! Wir hatten jeden Versuch, im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einen ewigen Frieden zu schaffen, für hoffnungslos. Erst die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihr Ersatz durch ein auf sozial. Prinzipien aufgebautes Gesellschaftssystem kann die Verständigung der Völker über ein friedliches Zusammenleben, über eine gedeihliche Zusammenarbeit bringen, kann der Welt den langersehnten Frieden geben. Aus diesen Erwägungen heraus können wir den Vereinbarungen von Locarno — auch wenn sie der vielen Unzulänglichkeiten entkleidet werden könnten — nicht anders als feindschaft gegenüberstehen. Sie sind von kapitalistisch-imperialistischen Staaten geschlossen und können daher begrifflicherweise nur eine kapitalistische Friedenslösung bringen. Unsere pessimistische Einschätzung dieser Abmachungen ist daher nur zu begründet. Unser Pessimismus gegenüber Locarno stützt sich jedoch nicht bloß auf die eben geltend gemachten Bedenken, sondern insbesondere auch auf die Erfahrungen, die die Welt bisher mit allen kapitalistischen Staats- und Friedens- und Freundschafts- und Defensivverträgen, mit allen Schutz- und Trutzbündnissen gemacht hat. Sie waren immer in den Händen der kapitalistischen Mächte nichts anderes als ein feines Papier, das man einfach wegwarf, wenn es die kapitalistischen Interessen der Gewalttäter erforderten. Daran würde der Bestand des Völkerbundes, der ja heute noch immer ein Machtinstrument der imperialistischen Siegerstaaten ist, kaum etwas ändern. Wir haben es ja im Corfu-Konflikt gesehen, wie sich Italien über den Völkerbund kaltsblütig hinwegsetzte und eines Tages die Schiffskanonen sprechen ließ.

Nur wenn es der Arbeiterschaft gelingt, mit den kapitalistischen Mächten aufzuräumen und auch den Völkerbund mit ihrem Geiste zu durchdringen, aus ihm einen wahren Bund der Völker statt eines Bundes kapitalistischer Mächte zu machen, nur dann könnten Völkerrechtsverträge den Wert wahrer realer Friedenssicherungen erlangen.

Auch dem Genfer Protokoll gegenüber, das eine weit umfassendere Friedenslösung darstellt, bessere Friedenssicherungen bietet, haben wir den gleichen Standpunkt eingenommen. Trotzdem haben wir uns für das Genfer Protokoll mit aller Wärme eingesetzt, denn es bedeutet — auch wenn es der Welt den langersehnten ewigen Frieden gleichfalls nicht zu bringen, auch wenn es kriegerische Konflikte nicht für immer zu bannen vermag, — gegenüber dem heutigen ganz untragbaren Zustande einen ungeheuren Fortschritt.

Diesen Fortschritt mit allen Mitteln zu fördern, auch im Rahmen dieser Gesellschaftsordnung alle Friedensmöglichkeiten zu benützen und zu unterstützen, jeden Keim einer Friedenshoffnung zu pflegen, halten wir für eine der wichtigsten Aufgaben der sozialistischen Parteien. Und daraus ergibt sich unser Standpunkt zu Locarno von selbst.

Die Mängel des Locarno-Vertrages.

Vergleichen man den Inhalt des Locarno-Übereinkommens mit jenen des Genfer Protokolls, so ergibt sich sofort, wie wenig die in Locarno gefundene Friedenslösung zu befriedigen vermag. Alle weittragenden und grundlegenden Gesichtspunkte fehlen beim Übereinkommen von Locarno,

die sie vor dem Kriege beanspruchen konnte. 1913 betrug der Anteil Europas an der Gesamtausfuhr der Welt 61 Prozent, also fast zwei Drittel, 1924 jedoch nur 50 Prozent, also die Hälfte, während in der gleichen Zeit Amerikas Anteil von 23 auf 30 Prozent, der Asiens von 15 auf 15 Prozent gestiegen ist. Der Militarismus verhindert Europas wirtschaftliche Gesundung und treibt die europäischen Staaten dem Abgrund zu. Soll Europa wieder die alte stolze Höhe der Wirtschaft und Kultur in der Welt erreichen, dann brauchen wir ein zweites Locarno, welches vor allem den unsinnigen militärischen Rüstungen ein Ende setzt, und welches durch die Niederreißung der jähzählenden Europas Wirtschaftskörper neues Blut zuführt. Weitere Maßnahmen und damit wirtschaftlicher Niedergang oder Abrüstung und damit kultureller Aufstiege, das sind die zwei Wege, die Europa offen stehen.

Locarno vom Reichstag angenommen.

Die Deutschnationalen in Verlegenheit. — Regierungsneubildung kaum vor Tänner.

Berlin, 27. November. (Egenberichts.) Das Locarnogeschäft ist heute vom Reichstag in der Schlussabstimmung mit 291 gegen 174 Stimmen angenommen worden. Die Anträge der deutsch-national-völkisch-kommunistischen Opposition, die auf Sabotage des Vertrages hinausliefen, wurden mit der gleichen Mehrheit abgelehnt. Die Völkischen hatten u. a. auch den Antrag gestellt, daß die Verhängung des Gesetzes um zwei Monate hinausgeschoben werden soll. Zur Annahme dieses Antrages wäre ein Drittel der Stimmen nötig gewesen. Aber auch diese Stimmenzahl wurde nicht aufgebracht, da die Deutschnationalen sich aus einem sehr triftigen Grund der Abstimmung enthielten. Wäre der Antrag auf Aussetzung der Verhängung angenommen worden, dann hätten nämlich die Freiheitspartei und die Christlich-sozialen das Gesetz beschlossen und der Reichspräsident hätte dann nach der Verfassung die Entscheidung zu treffen gehabt, ob das Gesetz sofort verkündet werden soll. Vor diese Entscheidung wollten jedoch die Deutschnationalen den Reichspräsidenten nicht stellen, da sie davon überzeugt waren, daß Hindenburg das Gesetz nicht ausleben lassen werde. Schon aus parteielfischen Gründen wollten die Deutschnationalen es vermeiden, vor aller Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie sich im Gegenlag zu dem von ihnen selbst aufgestellten und gewählten Reichspräsidenten befinden. Auch die Mißtrauensanträge der Völkischen und Kommunisten wurden abgelehnt.

Nach der Abstimmung verlagte sich der Reichstag auf nächste Woche. Im nächsten Monat dürften nur die dringlichsten Angelegenheiten erledigt werden. Die Frage der Regierungsneubildung wird kaum vor Tänner zur Entscheidung gelangen. Sonntag abends fährt die deutsche Delegation zur Unterzeichnung des Vertrages nach London. Sie besteht aus dem Reichskanzler Luther, dem Außenminister Dr. Stresemann und dem Staatssekretär Schuberl. Die Rückkehr aus London erfolgt Donnerstag, worauf das Kabinett am 4. Dezember seine Demission geben dürfte.

Neuwahlen in Oesterreich?

Wien, 27. November. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Deutsch hat gestern eine Rede gehalten, die großes Aufsehen erregt hat. Er sprach über den republikanischen Staat und rühmte sich, daß die sozialdemokratische Partei über eine so schlagfertige und disziplinierte Organisation verfüge. Zehntausende Männer seien bereit, im Kampfe für die Republik und Demokratie ihr Leben zu opfern. Von einer Auflösung des republikanischen Schutzbundes könne aber keine Rede sein. Wir stehen vor einem sehr schweren Winter mit großer Arbeitssigheit.

Dazu kommen schwere politische Auseinandersetzungen. Es ist möglich, daß jetzt das Parlament in Frage gestellt und daß wir wieder werden an die Wähler appellieren müssen. Wenn es dazu kommt, müssen wir gerüstet sein. Das Proletariat wird sich schämen, in den Kampf um die Ziele der Arbeiterklasse zu ziehen.

Bevella will die Kabinettsbildung bis Samstag, längstens aber bis 1. Dezember — Dr. Benes soll nämlich den Vertrag von Locarno nicht als Mitglied eines demissionierenden Kabinetts unterzeichnen — beendet haben. Er droht, seine Mission in die Hände des Präsidenten der Republik zurückzugeben, falls ihm dies nicht gelingen sollte. Jedemfalls ist mit einem Parlamentszusammentritt erst nach dem 10. Dezember zu rechnen.

Die Koalitionsparteien haben beschloffen, den Präsidenten des früheren Hauses, Tomasek, wiederum ins Präsidium zu entsenden.

Die Voraussetzungen des nationalen Ausbaus.

Eine tschechisch-sozialdemokratische Stimme. In dem Vordergrund der Erwägungen gelangt nunmehr auch das brennende innerstaatliche nationale Problem, welches bei den letzten Wahlen im Jahre 1920 noch ernstlich unterdrückt wurde, aber nun sich um seine Lösung meldet. Beide radikal chauvinistischen Flügel wurden in den Wahlen beträchtlich geschwächt. Dies bedeutet allerdings nicht, daß die nationalen Verhältnisse bei uns schon so weit gediehen, daß sie völlig selbst zu ihrer Lösung wären. Viel bittere Erinnerungen blieben aus der vergangenen Zeit des unerbittlichen Nationalismus und diese Erinnerungen werden noch immer die Vertreter der Nationen vom Antrieb zur Lösung der nationalen Probleme und Fragen zurückhalten. Aber es können sich nicht mehr die äußerst weitgespannten Kundgebungen wiederholen, von denen die praktische reelle und zweckmäßige geschichtliche Arbeit und das öffentliche Leben keinen Gewinn hatten. Unvergleichliche im deutschen wie im tschechischen Lager gibt es nicht mehr wie fünf Prozent auf jeder Seite, so daß man nun in Wirklichkeit eine heranwachsende Zeit verleben darf, die eine Öffnung auf gegenseitige Verständigung eröffnet. Es läßt sich nicht im Vorhinein erraten, auf welcher Seite angefangen werden wird. Wir untersuchen feinsinnig diese wichtige Aufgabe und heißen sie willkommen. Die tschechische Sozialdemokratie wird keine einzige Gelegenheit verabsäumen, im Geiste der nationalen Verträglichkeit zu arbeiten und eben damit die Möglichkeit ebnen, mit einem Teile der Opposition zusammenzugehen.

Kommunistische Journalistik in Reinkultur.

Der Reichenberger „Vorwärts“ fährt fort, die französischen Sozialdemokraten als „Verräter“ zu „entlarven“, weil sie an einen Eintritt in die Regierung denken. Die Heugering Blums zu den Finanzvorlagen: „Alles nur keine Inflation!“ erklärt der „Vorwärts“ so, „daß die Sozialisten bereit sind, alle bürgerlichen Schweinereien mitzumachen, wenn keine Inflation eintritt.“ Wir haben gestern schon berichtet, daß die französischen Kommunisten sich bereit erklären, unter gewissen Bedingungen eine Sozialisten- oder Linksinregierung zu unterstützen. Jetzt aber bringt der „Vorwärts“ sogar das Kunststück fertig, in derselben Notiz, die die französischen Sozialdemokraten als zu allen bürgerlichen Schweinereien bereit erklärt, falls sie in die Regierung gehen, dieser „französischen Imperialistenregierung“ eben jene oben erwähnte kommunistische Unterstützung in Aussicht zu stellen, die aber nur „diese neue Linksinregierung auf die Probe stellen soll“. Der Sinn ist also etwa folgender: Die Sozialdemokraten gehen nur in die Regierung, um die bürgerlichen Schweinereien zu unterstützen; die Kommunisten werden die Sozialdemokratie unterstützen, aber nur, um ihre Beteiligung an den Schweinereien zu entlarven. Und nun möchten wir den anständigen, sozialistisch denkenden und geschulten Arbeiter sehen, der sich mit solcher Taktik und Journalistik einverstanden erklären könnte!

Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

Prag, 27. November. Die Bildung der Regierung stößt auf erhebliche Schwierigkeiten, teils grundsätzlichen, teils persönlichen Charakters. Die Absicht, eine Reihe von Ressorts nicht durch Parlamentarier, sondern durch Fachleute zu besetzen und so ein gemischtes halb parlamentarisches und halb Beamtenkabinett zu bilden, stößt innerhalb der Koalitionsparteien auf Widerspruch. Die tschechische Sozialdemokratie hat die Bildung einer derartigen Regierung abgelehnt, weil sie nicht genügend Gründe findet dafür, daß einige Ministerien von Fachleuten besetzt werden sollen. Die tschechischen Sozialdemokraten sagen: „Entweder Beamtenregierung oder parlamentarisches Kabinett.“ Eine Ausnahme wollen die tschechischen Sozialdemokraten nur für das Finanzministerium und für das Ministerium für die Slowakei zulassen. Eine Beamtenregierung erscheint der tschechischen Sozialdemokratie deshalb nicht möglich, weil die Frage aufsteht, wer für die Laten einer solchen Regierung die Verantwortung übernehmen und wer ihr die erforderliche Mehrheit verschaffen soll.

Unpolitische Verbände und politische Kandidaturen.

Als wir seinerzeit darauf aufmerksam machten, daß der Professor Otto Horpynka im Verein „Mittelschule“ deutschnationaler Propaganda treibe, eröffnete derselbe Horpynka eine wütende Preßkampagne gegen den „Sozialdemokrat“, ohne allerdings den Beweis dafür zu erbringen, daß er den Verein „Mittelschule“ unpolitisch leite. Unseren Angriff suchte er als Affront gegen die gesamte Mittelschullehrerschaft hinzustellen, obwohl er sehr gut wußte, daß wir nur ihn und einige seiner Kumpane meinten. Die Redaktion der „Mittellungen“ sah sich genötigt zuzugeben, daß Horpynka in der Form zu viel des Guten getan habe, auch sie aber hielt die Unterstellung aufrecht, wir hätten die Mittelschullehrerschaft als solche angegriffen. Bei den Wahlen wurde Professor Horpynka von der deutschen Nationalpartei in Prag kandidiert. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich recht deutlich, wie „unpolitisch“ gewisse Verbände sind. Der „Deutsche Staatsange-

Das Abgeordnetenhaus-Präsidium verlangt die Freilassung Lausks.

Die „Parlamentskorrespondenz“ meldet: „Das Präsidium des Abgeordnetenhauses verhandelte in seiner heutigen Sitzung über die Verhaftung des Abgeordneten Lauski. Nach Prüfung der ihm gegebenen vorläufigen Informationen beschloß es auf Antrag des Vizepräsidenten Dr. Czoch mit Stimmenmehrheit, das Justizministerium aufzufordern, die Freilassung des Abgeordneten Lauski aus dem Kerker zu verlangen. Auf Antrag des Vizepräsidenten Dr. Gruban wurde ebenfalls mit Stimmenmehrheit beschloffen, das Justizministerium aufzufordern, dem Präsidium des Abgeordnetenhauses mit möglichster Beschleunigung eine genaue Schilderung des ganzen Falles zu geben und die zugehörigen amtlichen Belege beizustellen.“

Das Abgeordnetenhaus-Präsidium verlangt die Freilassung Lausks.

Das Abgeordnetenhaus-Präsidium verlangt die Freilassung Lausks. Die „Parlamentskorrespondenz“ meldet: „Das Präsidium des Abgeordnetenhauses verhandelte in seiner heutigen Sitzung über die Verhaftung des Abgeordneten Lauski. Nach Prüfung der ihm gegebenen vorläufigen Informationen beschloß es auf Antrag des Vizepräsidenten Dr. Czoch mit Stimmenmehrheit, das Justizministerium aufzufordern, die Freilassung des Abgeordneten Lauski aus dem Kerker zu verlangen. Auf Antrag des Vizepräsidenten Dr. Gruban wurde ebenfalls mit Stimmenmehrheit beschloffen, das Justizministerium aufzufordern, dem Präsidium des Abgeordnetenhauses mit möglichster Beschleunigung eine genaue Schilderung des ganzen Falles zu geben und die zugehörigen amtlichen Belege beizustellen.“

Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

Prag, 27. November. Die Bildung der Regierung stößt auf erhebliche Schwierigkeiten, teils grundsätzlichen, teils persönlichen Charakters. Die Absicht, eine Reihe von Ressorts nicht durch Parlamentarier, sondern durch Fachleute zu besetzen und so ein gemischtes halb parlamentarisches und halb Beamtenkabinett zu bilden, stößt innerhalb der Koalitionsparteien auf Widerspruch. Die tschechische Sozialdemokratie hat die Bildung einer derartigen Regierung abgelehnt, weil sie nicht genügend Gründe findet dafür, daß einige Ministerien von Fachleuten besetzt werden sollen. Die tschechischen Sozialdemokraten sagen: „Entweder Beamtenregierung oder parlamentarisches Kabinett.“ Eine Ausnahme wollen die tschechischen Sozialdemokraten nur für das Finanzministerium und für das Ministerium für die Slowakei zulassen. Eine Beamtenregierung erscheint der tschechischen Sozialdemokratie deshalb nicht möglich, weil die Frage aufsteht, wer für die Laten einer solchen Regierung die Verantwortung übernehmen und wer ihr die erforderliche Mehrheit verschaffen soll.

Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

Prag, 27. November. Die Bildung der Regierung stößt auf erhebliche Schwierigkeiten, teils grundsätzlichen, teils persönlichen Charakters. Die Absicht, eine Reihe von Ressorts nicht durch Parlamentarier, sondern durch Fachleute zu besetzen und so ein gemischtes halb parlamentarisches und halb Beamtenkabinett zu bilden, stößt innerhalb der Koalitionsparteien auf Widerspruch. Die tschechische Sozialdemokratie hat die Bildung einer derartigen Regierung abgelehnt, weil sie nicht genügend Gründe findet dafür, daß einige Ministerien von Fachleuten besetzt werden sollen. Die tschechischen Sozialdemokraten sagen: „Entweder Beamtenregierung oder parlamentarisches Kabinett.“ Eine Ausnahme wollen die tschechischen Sozialdemokraten nur für das Finanzministerium und für das Ministerium für die Slowakei zulassen. Eine Beamtenregierung erscheint der tschechischen Sozialdemokratie deshalb nicht möglich, weil die Frage aufsteht, wer für die Laten einer solchen Regierung die Verantwortung übernehmen und wer ihr die erforderliche Mehrheit verschaffen soll.

Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

Prag, 27. November. Die Bildung der Regierung stößt auf erhebliche Schwierigkeiten, teils grundsätzlichen, teils persönlichen Charakters. Die Absicht, eine Reihe von Ressorts nicht durch Parlamentarier, sondern durch Fachleute zu besetzen und so ein gemischtes halb parlamentarisches und halb Beamtenkabinett zu bilden, stößt innerhalb der Koalitionsparteien auf Widerspruch. Die tschechische Sozialdemokratie hat die Bildung einer derartigen Regierung abgelehnt, weil sie nicht genügend Gründe findet dafür, daß einige Ministerien von Fachleuten besetzt werden sollen. Die tschechischen Sozialdemokraten sagen: „Entweder Beamtenregierung oder parlamentarisches Kabinett.“ Eine Ausnahme wollen die tschechischen Sozialdemokraten nur für das Finanzministerium und für das Ministerium für die Slowakei zulassen. Eine Beamtenregierung erscheint der tschechischen Sozialdemokratie deshalb nicht möglich, weil die Frage aufsteht, wer für die Laten einer solchen Regierung die Verantwortung übernehmen und wer ihr die erforderliche Mehrheit verschaffen soll.

Rundfunk für Alle!

Programm für heute, den 28. d. M.

Prag, 11, 17: Konzerte; 21.10: Zitherquintett. — Brünn, 20: Lustiger Abend. — London, 21: Calypso-Abend. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 21: Lustiger Wochenabschluss. — Stuttgart, 20: Kammermusik. — Leipzig, 20.15: Tiroler Abend. — Breslau, 20: S. Neumann-Abend. — München, 20: Volksmusik. — Frankfurt, 20: „Mit-Geißelberg“. — Wien, 19: Requiem. — Zürich, 20.30: Französische Musik.

Wellenlängen der Stationen: Prag 546, Brünn 750, London 365, Paris 1750, Berlin 430 und 505, Stuttgart 443, Leipzig 451, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

Wahlen in Rumänien.

Die tschechische Staatsangehörigenvereinigung in der Tschechoslowakischen Republik, brachte am 10. November auf der ersten Seite einen Artikel „Wen wählen wir?“, in dem zur Wahl Horpynka und seiner Kandidatur halber auch zur Wahl der Nationalpartei in allen anderen Wahlkreisen aufgefordert wurde. Eine Liste, die über die ganze Seite ging, „Kollegen, wählet Liste 6! Wählet Prof. Otto Horpynka!“ wies die Staatsangehörigen nicht minder deutlich an, eine Kapitalistenpartei zu wählen. Selbstverständlich gibt der Verband Horpynka als einen „Gewerkschaftler“ aus und verspricht den Wählern das Blaue vom Himmel, wenn sie ihn ins Parlament brächten. Ueber den Widerspruch, der sich aus dem prinzipiellen Negativismus der Deutschnationalen und dem Verprechen aktivistischer Mitarbeiter des „Gewerkschaftlers“ Horpynka im Parlament ergeben müßte, gleitet das Blatt mühelos hinweg.

Wahlen in Rumänien.

Das Hauptanliegen ist, daß die gleiche Notiz wieder die Behauptung aufstellt, daß der Verband „unpolitisch“ sei und jeder Parteipolitik fern stehe. Es wird auch behauptet, Horpynka sei lediglich deshalb auf der Liste der Nationalpartei kandidiert worden, weil diese bereit war, den Gewerkschaftler aufzunehmen. Daß andere Parteien ebenfalls Staatsangestellte kandidieren, etwa daß die Sozialdemokratie den Genossen Polach, einen Mittelschullehrer, der schon längst für die Interessen der Staatsbeamten eintrat, als Horpynka noch Contourpolitik machte, unter ihren Parlamentariern zählt, wird selbstverständlich verschwiegen.

Wahlen in Rumänien.

Uebrigens kommt das Blatt noch in einer anderen Notiz auf das Thema zurück und fordert wieder auf, Horpynka zu wählen. Auf diese Demagogie des unpolitischen Verbandes gibt es für alle wirklich gewerkschaftlich denkenden Staatsangestellten nur eine Antwort: den Austritt aus dieser Filiale der Nationalpartei.

Wahlen in Rumänien.

Uebrigens kommt das Blatt noch in einer anderen Notiz auf das Thema zurück und fordert wieder auf, Horpynka zu wählen. Auf diese Demagogie des unpolitischen Verbandes gibt es für alle wirklich gewerkschaftlich denkenden Staatsangestellten nur eine Antwort: den Austritt aus dieser Filiale der Nationalpartei.

Wahlen in Rumänien.

Uebrigens kommt das Blatt noch in einer anderen Notiz auf das Thema zurück und fordert wieder auf, Horpynka zu wählen. Auf diese Demagogie des unpolitischen Verbandes gibt es für alle wirklich gewerkschaftlich denkenden Staatsangestellten nur eine Antwort: den Austritt aus dieser Filiale der Nationalpartei.

Wahlen in Rumänien.

Uebrigens kommt das Blatt noch in einer anderen Notiz auf das Thema zurück und fordert wieder auf, Horpynka zu wählen. Auf diese Demagogie des unpolitischen Verbandes gibt es für alle wirklich gewerkschaftlich denkenden Staatsangestellten nur eine Antwort: den Austritt aus dieser Filiale der Nationalpartei.

Wahlen in Rumänien.

Uebrigens kommt das Blatt noch in einer anderen Notiz auf das Thema zurück und fordert wieder auf, Horpynka zu wählen. Auf diese Demagogie des unpolitischen Verbandes gibt es für alle wirklich gewerkschaftlich denkenden Staatsangestellten nur eine Antwort: den Austritt aus dieser Filiale der Nationalpartei.

Wahlen in Rumänien.

Uebrigens kommt das Blatt noch in einer anderen Notiz auf das Thema zurück und fordert wieder auf, Horpynka zu wählen. Auf diese Demagogie des unpolitischen Verbandes gibt es für alle wirklich gewerkschaftlich denkenden Staatsangestellten nur eine Antwort: den Austritt aus dieser Filiale der Nationalpartei.

Wahlen in Rumänien.

Uebrigens kommt das Blatt noch in einer anderen Notiz auf das Thema zurück und fordert wieder auf, Horpynka zu wählen. Auf diese Demagogie des unpolitischen Verbandes gibt es für alle wirklich gewerkschaftlich denkenden Staatsangestellten nur eine Antwort: den Austritt aus dieser Filiale der Nationalpartei.

	Weib	Mann
100 holländische Gulden	1383.-	1800.-
100 Reichsmark	808.-	810.-
100 belgische Franken	152.75	154.25
100 Schweizer Franken	651.37	654.37
1 Pfund Sterling	163.50	164.00
100 Lire	138.75	138.25
1 Dollar	3.75	3.05
100 französische Franken	132.37	133.87
100 Dinar	80.-	60.50
10,000 ungarische Kronen	471.37	451.87
100 polnische Zloty	472.-	478.-
100 Schilling	477.87	480.87

Tagesneuigkeiten.

Ein Kapitalistisches Weihnachtsgesicht.

Rückbildung von 300 Arbeitern und Arbeiterinnen in Neubel.

Wir lesen in unserem Karlsbader Blatt:

Dreihundert Arbeitern und Arbeiterinnen der Neubelker Spinnerei hat sich in diesen Tagen der Kapitalismus in seiner ganzen unerbörten Brutalität geöffnet: Erbarmungslos werden sie gerade jetzt, vier Wochen vor Weihnachten, einer Zeit, auf die sich Kinder und Erwachsene schon seit vielen Wochen freuen, auf das Pflaster geworfen, der bittersten Not und dem Hunger überantwortet — wahrscheinlich zur höheren Ehre des christlichen „Festes der Liebe“. Und während in den Gotteshäusern die Geburt des „Erlösers der Menschheit“ gefeiert werden wird, wird in vielen Arbeiterstuben das schwarze Geheiß der Not und des Hungers hochen, werden ungezählte Arbeiter, die ihren Kindern statt der erhofften Weihnachtsgeldes nicht einmal ein trockenes Stück Brot werden bieten können, die „gottgewollte“ Weltordnung verteidigen, die solche Grausamkeiten zuläßt, „Freud auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“. . . . So werden wir es in der Weihnachtszeit in den christlich-sozialen und kapitalistischen Blättern lesen, aus den Kirchen und Häusern der Reichen hören können. Welche Ironie! Denn dieser „Freude“ besteht für den Arbeiter in einem unaussprechlichen Kampf um die Existenz, um das nackte Leben, und dieses „Wohlgefallen“ in Arbeitslosigkeit, Not und Elend!

Ja, aber was kümmert denn das alles die Aktionäre? Die Spinnerei ist doch kein Wohlfahrtsinstitut und kein Altersversorgungsinstitut. Warum werden ja auch Arbeiterinnen, die kaum das 43. Lebensjahr erreicht haben — auch wenn sie sich durch zwanzig Jahre in demselben Betriebe ausbeuten lassen — kurzerhand entlassen. In den Jahren vor dem Kriege wurden von der Firma Agenten ausgesandt, um Arbeiterinnen für die Laufen-Zwingburg anzuwerben. Gesund und rüstig, von vielen schönen Hoffnungen besetzt, kamen diese Leute damals nach Neubel, und heute, da sie ausgemergelt und alt und krank sind und nicht mehr jene Ausbeutungsobjekte abgeben, wie ehemals — heute fliegen sie hinaus. Sie haben dem Moloch Kapitalismus ihre Gesundheit geopfert, es ist Zeit, daß sie — der Armenversorgung der Gemeinden übergeben werden. Ja, das ist eine wunderschöne Weltordnung, noch dazu „von Gott gewollt“!

Vorläufig sind „nur“ dreihundert Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen worden, weitere hundert werden folgen. Diejenigen von den Entlassenen, die nicht organisiert waren, werden nicht einmal in den Genuss einer Arbeitslosenunterstützung kommen. Sie können sich jetzt bei jenen bedanken, die ihnen den guten Rat gegeben haben, sich nicht zu organisieren. Ob sie sich von den Angestellten der Firmennachbarn auch vorrechnen lassen werden, wieviel sie an Mitgliedsbeiträgen erspart haben? Vielleicht hilft ihnen die Rechtsanwaltsfirma der Firma, oder, wie wäre es, wenn die Sporenlagen aus der Betriebskasse flüssig gemacht würden? Die Kritik hat ja eine Menge wundervolle Einrichtungen für die Arbeiter geschaffen. Manchen werden diese Worte etwas hart treffen, aber, muß es nicht selbst selbst zurückschrecken? Vorzuziehen ist immer besser, als das Nachsehen zu haben. Müßen immer erst so tauzig und brutale Gewaltakte der Unternehmer die arbeitenden Menschen zur Vernunft bringen?

Das Schicksal einer Frauenliste.

In der rheinländischen Landgemeinde Hoppstädten hatte bei der Wahl am 26. Oktober eine Frauenliste zwei Drittel der Gemeinderatsstimme erobert und durch ganz Deutschland, ja bis in die ausländische Presse hinein, drang der Ruf des vermeintlich so fortschrittlich fühlenden Vertriebenen. Inzwischen aber haben sämtliche sechs Gemeinderatsmitglieder ihr Amt wieder niedergelegt mit der einmütigen Erklärung, daß sie außerstande seien, den Posten ordnungsgemäß zu verwalten. So ist nun die Wahl der ganzen Gemeindevorstellung angeordnet worden.

Hoppstädten mit Station Heimbach und Neubelbrücke ist eine konfessionell sehr gemischte und bezüglich stark gesegelte Dorfgemeinde, und bei der Wahlvorbereitung im Oktober waren die einzelnen Interessentengruppen und bis zu einem gewissen Grade auch die Parteien und Konfessionen ziemlich stark auseinandergefallen. Während man sich nun in erster Stunde in einem Gasthaussaal des Dries in stürmischer Sitzung um die Aufstellung eines Wahlvorschlages müht, taten sich einige Männer und Frauen in einem anderen Raum des Hauses zu derselben Zeit zusammen und stellten eine Wahlliste auf, die nur Frauennamen enthielt. Die Sache war als Scherz gedacht, von den einen als harmlos, von den anderen als ein etwas boshafter Scherz. An einen besonderen Erfolg der Frauenliste hätte niemand geglaubt. Der Wahltag brachte jedoch eine auffallend starke Beteiligung. Allen, denen die Männerliste nicht zusagte — und ihrer waren viele —, setzten sich nun aus Opportunismus für die Frauenliste ein, mit dem Ergebnis, daß sie sechs Frauen durchbrachten, während von der die Männernamen enthaltenden Liste nur drei durchkamen. Die Ueberraschung war natürlich groß und, wie sich nun zeigt, am peinlichsten für die neuen Gemeinderäte. Jedenfalls kann man heute sagen, daß mit den Gedanken der Frauenbewegung und mit Politisierung der Frauen dieses Hoppstädter Experiment nicht das Mindeste zu tun gehabt hat.

Schwarz-Weiß-Rot in Amerika.

Zur Psychologie der Deutshamerikaner.

Von Wilhelm Sollmann.

Die Reife der deutschen Reichstagsabgeordneten zur Konferenz der Interparlamentarischen Union in Washington gab den deutschen Volksvertretern Gelegenheit, auch mit zahlreichen Deutshamerikanern in Berührung zu kommen. Mit reicher Gastlichkeit kamen sie überall den Sendboten der Heimat entgegen. Insbesondere wurden der Reichspräsident Paul Löbe und der Reichskanzler a. D. Joseph Wirth durch Ehrungen ausgezeichnet, obwohl sie, wie die große Mehrheit der deutschen Delegierten, zu den überzeugten Republikanern gehören. Dies hervorzuheben ist notwendig, weil es scheint, als ob die Vereine und Klubs drüben bisher noch niemals unter den Einfluß deutscher Republikaner gekommen wären.

Nur eukmal grüßte uns auf dem Boden der Vereinigten Staaten die Flagge des Deutschen Reiches: inmitten derjenigen anderer nationaler Fahnen im Sitzungssaal des Kapitols in Washington. Der deutsche Vorkämpfer hatte pflichtgemäß dafür gesorgt, daß das Hoheitszeichen seines Landes nicht fehle. Die Deutshamerikaner selbst leben noch unter schwarzweißen Fahnen, leider nicht nur unter dem Scheinbild, sondern auch in der Gedankenwelt des Deutschlands Wilhelm II. Keiner der führenden Deutshamerikaner, der ein Wort der Achtung, geschweige denn der Liebe für Deutschlands neue Staatsform über die Lippen gebracht hätte, kam einer, bei dem ausreichendes Verständnis für den außerpolitischen Leidensweg der Republik vorhanden wäre. Wo etwa ein deutshamerikanisches Blatt, so am Grade des ersten Reichspräsidenten, einem republikanischen Staatsmann gegenüber zu werden versuchte, flogen die Protestbriefe stoßweise in die Redaktion.

Unsere Monarchisten pflegen auf diese politische Haltung des „Deutshums im Auslande“ mit besonderem Stolz hin zuweisen. Nach unseren Erfahrungen in Nordamerika haben sie dem Schmeichler ein Recht. Zunächst ist drüben die Klassencheidung innerhalb der Deutschen unvertennbar. Die Masse der Vereinsmitglieder sind nicht Arbeiter, sondern Kleinbürger und Bourgeois. Männer und Frauen mit harten Arbeitshänden fänden wir in den deutschen sozialistischen Versammlungen, nicht bei den Banketten und auf den Rundgängen der Deutshamerikaner. Trotzdem: wo sozialdemokratische, demokratische und Zentrumsabgeordnete sich in den Versammlungen zu dem neuen Deutschland, zur sozialen schwarzrotgoldenen Republik befanden, gab es ein Aufrauchen, ein Aufschäumen bei vielen. Endlich gab den Deutsche dem in Worten Ausdruck, was sie lange empfunden, aber bei der Scheinbar des beherrschenden nationalistischen Propaganda in sich verschlossen hatten. Was sich auf dem Gebiete eines vertriebenen Nationalismus heute noch in Amerika tut, begreift man, wenn man im Jahre 1925 drüben von der Rednertribüne das hohe Wort Emanuel Geibels hört, daß am deutschen Wesen noch einmal soll die Welt zersenden. Man mag zugleich erkennen, wie stark in den Zeiten von Dawes und Locarno durch solche Redenarten bei den Amerikanern Sympathien für Deutschland gewonnen werden.

Die Republik und die Republikaner haben zu wenig — oder war es nichts? — getan um die Deutshamerikaner über die Ursachen und die Bedeutung des Umsturzes in Deutschland aufzuklären. Die Monarchisten scheinen in dieser Propaganda ein Monopol zu besitzen. D bei haben sie, von engstem Parteinahme abgesehen, noch nicht einmal nennenswerte Erfolge gehabt. Es kann

jeden internationalen Marxisten jammern, wenn er deutshamerikanische Monarchisten — die übrigens seit Jahren und Jahrzehnten begeisterte Bürger des amerikanischen Freistaates sind und sich ihren Monarchismus nur für Deutschland reservieren — mit stärkstem englischen Akzent für Schwarz-Weiß-Rot, für die Hohenzollern, für neuen deutschen Militarismus radebrechen hört. Es kommt sogar vor, daß sie ihre deutshamerikanischen Reden in englischen Lauten vortragen, weil ihnen die deutschen Muttertöne entchwunden sind. Schön wir von einigen rühmlichen Ausnahmen ab, so fanden wir die unternehmende Beherrschung der deutschen Muttertöne drüben eigentlich am meisten bei Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten, selbst solchen, die seit Jahrzehnten sich nicht soviel erworben konnten, um die schmeichliche geliebte Heimat wiederzusehen.

In den bürgerlichen Deutshamerikanern lebt ein Deutschland das nicht mehr besteht, und von jeder Ueberzeugung aus betrachtet, nicht mehr aufgerichtet werden kann. Hinzu kommt, daß viele Deutshamerikaner in den verhängnisvollen Fehler verfallen, von drüben aus die innerpolitischen deutschen Probleme lösen zu wollen, statt ihre ganze Kraft auf die Beeinflussung der amerikanischen Politik zu richten. Auch viele deutshamerikanische Sozialisten sind besser in unserer Innenpolitik zu Hause, als in der des amerikanischen Reiches, dessen Bürger sie sind. Mit europäischen oder gar mit deutschen Maßstäben dürfte aber in Nordamerika schwerlich großer Einfluß möglich sein und mit dem Schimpfen auf die Prohibition allein ist auch nichts getan.

In Versammlungen und Privatgesprächen erfuhren wir, daß sehr wohl auch für das neue Deutschland Verständnis bei den Deutshamerikanern zu werden ist. Es wäre eine Aufgabe für das Reichsministerium des Aeußeren und seiner Organe in Amerika, mehr an Aufklärung über den neuen deutschen Staat zu leisten. Bis jetzt hat man den Eindruck, daß unsere Auslandsvertretungen glauben, mehr oder weniger den Vorurteilen der führenden Deutshamerikaner und ihrer rechtsparteilich beeinflussten Presse sich beugen zu müssen. Die deutschen Auslandsvertretungen könnten zum Beispiel sehr wohl dazu beitragen, daß die Fahne der Republik auch außerhalb des Reiches gezeigt wird. Was wäre gerade in Nordamerika notwendig, wo man einen großartigen Kultus mit dem Sternbanner treibt. In allen Amtsgebäuden, ja in allen Kirchen und zu unzähligen Privathäusern ist die amerikanische Flagge zu sehen. Versucht man aber beispielsweise das deutsche Generalkonsulat in New York, so ist das einzige deutsche Hoheitszeichen ein diszipliniertes gemalter Reichsadler, der in kümmerlicher Aufmachung vor der Furtüre steht. Daß er in schwarz-weißen Farben gehalten ist, wird man natürlich als Zufall betrachten müssen.

Millionen Amerikaner beurteilen die deutsche Republik und das ganze Deutschland der Nachkriegszeit nach dem Auftreten der Deutshamerikaner, und sie müssen dabei zu sehr schiefen und für Deutschland schädlichen Urteilen kommen. Ohnehin ist die Stimmung des amerikanischen Volkes gegenüber Deutschland noch immer alles andere als günstig. Wir bezweifeln nicht, daß die Deutshamerikaner, die oft genug Opferwilligkeit für die Heimat gezeigt haben, ihren alten Vaterland dienen wollen; um so notwendiger ist, ihnen zu sagen, daß ihre gerade u feindliche Parteinehmen gegen die deutsche Reichsverfassung, gegen große Teile des deutschen Volkes und gegen die Staatspolitik eine schwere Schädigung Deutschlands ist.

Stehen gebracht worden war, wurde sofort die Station Schönfeld von dem Dorf He verständigigt. Der dortige Verkehrsbeamte war sehr überrascht, als er hörte, daß der Zug beim Albert-Schacht stehe; man war demnach auch nach der Ausfahrt des Zuges noch nicht der rausgekommen, daß der Zug in eine falsche Richtung geleitet worden war. Der Zug wurde in die Station zurückverigert, von wo aus er nach einem circa halbstündigen Aufenthalt in der Richtung gegen Brüx weiterfuhr.

Der liebe Gott als Wahlhelfer. In der „Weiber Zeitung“ vom 26. November befindet sich auf der ersten Seite ein Inserat (!) der christlichsozialen Parteileitung, in welchem es heißt, daß mit „Gottes Hilfe“ die christlichsoziale Partei in Bezirk und Stadt Weipert gesiegt habe. Gleichzeitig wird auch den Wählern der Dank ausgesprochen. Wir wissen nicht, ob der liebe Gott auch den anderen bürgerlichen Parteien bei der Wahl behilflich war. Von unserer Partei wurde auf diese Hilfe verzichtet, denn wir haben uns nur auf uns selbst verlassen müssen. Wir haben aber im Karlsbader Wahlkreis trotzdem vier Abgeordnetenmandate errungen, während die Christlichsozialen trotz ihrer hervorragenden Wahlsiege, es doch nur auf ein Mandat gebracht haben. Ueberhaupt will es uns scheinen, daß zu den Wahlerfolgen der „Schwaben“ weniger der himmlische Vater, sondern seine Stellvertreter in der C. S. R. sowie das Frauenhochrecht beigetragen haben. Es ist übrigens schon etwas stark, was die Gläubigen von ihrem lieben Gott alles verlangen: In der C. S. R. muß er ihnen bei der Wahl helfen, an den Landesparlamenten, natürlich auch in Weipert, helfen die Frauen zu ihm, daß ihnen der Schmutz (also Staatsbeitrag) auf gelinge, in Italien seien die aufgäubigen oder abergläubigen Räuber, die ihnen der Raub gelangt, also der Grundbesitzer geknast werde. Im Kriege wurde bei allen Feinden um den Sieg und Niederlage

der anderen gebetet usw. Es ist also für ihn nicht so leicht!

Reiz-Zweikampf. Zwischen mehreren Ärzten des Weipert Gerichtsbezirkes ist es angeßlich wegen der Krankenliste zu ersten Meinungsverschiedenheiten gekommen, welche nach dem sogenannten akademischen Ehrenkodex angeblich nur durch einen Zweikampf ausgeglichen werden können. Bei solchen Duellen werden vielfach nur Löcher in die Luft geschossen, manchmal auch woanders hin; dann ist die ramponierte Ehre hergestellt und die Ausöhnung kann erfolgen. Doch Sp h beiseite. Ein Arzt hat tatsächlich bereits die Aufforderung, sich zum Duell u stellen und seine Sekundanten zu nennen, von einem anderen Arzt erhalten. Vielleicht wird die Sache doch noch beigelegt, ohne daß kostbares akademisches Blut fließen muß.

Eine unangenehme Ueberraschung für gewisse Mieter. Wie das „Mähr. Tagbl.“ zu melden weiß, hat das Oberste Gericht nunmehr den Streit über die Mietererhöhungsnovelle für Gemeinden, Länder und öffentliche Anstalten in einem für diese günstigen Sinne entschieden. Die Verordnung lautet, daß Häuser, die vom 1. November 1918 im Besitz von Ländern, Gemeinden und öffentlichen Anstalten sind, dem Mieterhuyen ucht unterliegen. Urteile in erster und zweiter Instanz legten die Verordnung in dem Sinne aus, daß nur Häuser, welche seit dem genannten Termin im öffentlichen Besitze sind, von der Mietererhöhungsnovelle ausgenommen werden. Das Oberste Gericht hat nunmehr entschieden, daß die Auslegung dem Sinne und dem Zwecke des Gesetzes unüberläßt und alle Häuser, welche vor dem 1. November 1918 im öffentlichen Besitze waren, unter den gesetzlichen Sinn der Verordnung fallen. Diese Entscheidung wird bei vielen Mietern, deren Hausherrn Länder, Gemeinden und öffentliche Anstalten sind, unangenehme Dinge zur Folge haben, da diese Mieter jeder Mietererhöhung und auch der Kündigung schuldlos preisgegeben sind.

Ausbeutung großer Eisenbahndiebstahle in Nordwestböhmen. Wie wir vor einigen Tagen berichteten, wurde der Wähebsteher Grimm aus Britschapl bei Komotau mit seiner Frau wegen betrügerischer Krida verurteilt und dem Komotauer Bezirksgerichte eingeliefert. Im Verlaufe der Einvernahme und einer vorgenommenen Hausdurchsuchung kam ans Tageslicht, daß Grimm auch als geschäftsmäßiger Dieb bei zahlreichen Eisenbahndiebstählen in Nordwestböhmen fungierte. Die Eisenbahndiebstahle, welche in letzter Zeit schon gerabzu beängstigende Formen angenommen hatten, erstreckten sich auf den Bahnstrecke zwischen Komotau, Saaz, Kaaden, Brunnersdorf, Krims-Rendorf und Brüx. Gestohlen wurden, wie bisher festgestellt war, während der Fahrt oder in den Stationen beim Anhalten der Züge aus den Waggons Lebensmittel, Zuckervaren, Schokolade, Federn, Leinwand, Leder, Wäsche und andere Bedarfsartikel, die leicht an den Mann zu bringen sind, im Werte von fast 20.000 Kronen. Die Gendarmerie verhaftete außer Grimm und seiner Frau noch elf weitere an den Diebstählen beteiligte Personen und lieferte dieselben dem Brüxer Kreisgerichte ein.

Selbstmord in der Grube. Am Mittwoch sprang auf der Grube „Hübina“ in Mährisch-Strau der 29jährige Bergarbeiter Wadlslaus Ladán kopfüber in den Schacht und wurde als größtenteils verstümmelte Leiche geborgen. In einem bei ihm aufgefundenen Briefe nimmt er Abschied von seinen Eltern, gibt aber das Motiv seines Selbstmordes nicht an. Einige Stunden später stürzte auf derselben Grube der Bergarbeiter Wladimir Zemla in eine Tiefe von 800 Meter und blieb mit zerstückelten Gliedmaßen tot liegen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich in diesem Falle um einen Unglücksfall handelt.

Das Kommando der 3. Inf.-Division teilt mit: „Zu den Klagen, welche als „Eingekerkert“ und unter anderen Titeln in einigen Tageszeitungen über die Verhältnisse im Divisions-Verpflegs-Magazin Nr. 3 in Theresienstadt veröffentlicht wurden, wird vom Divisionskommando folgendes verlautbart: Es ist wahr, daß die Arbeit in dieser Anstalt hauptsächlich in der Bäckerei, schmer und anstrengend ist; die Einrichtung ist veraltet, es fehlen Maschinen, welche in einem modernen Unternehmen die Arbeit sehr erleichtern und Arbeitskräfte ersparen. Man darf jedoch nicht vergessen, daß auch die Feldbäckereien keine Maschinen haben; es ist also einzuweisen notwendig, die Reservisten (sow. in den stabilen Bäckereien an die Arbeit ohne Maschinen zu gewöhnen. Wenn ein großer Bedarf an Brot eintritt, wird in drei Parteien gearbeitet: jede Partei arbeitet jedoch nicht länger als acht Stunden. Die Behauptung, daß derselbe Eimer, welcher zur Heronholung des Wassers zur Teigbereitung benötigt wird, sowie zur Befreiung der Brote mit Wasser dient, zum Baden und Fröhewaschen verwendet wird, entspricht nicht der Wahrheit. In der Bäckerei sind vier Eimer, doppelt zwei für Wasser zur Teigbereitung und zur Befreiung der Brote, zwei zum Händewaschen. Das Waschen der Hände in der Bäckerei ist verboten. Für die Mannschaft in Theresienstadt sind zwei Bodenstellen, eine militärische, in der nichts angeht wird, und eine zivile, in der angeht wird. Für das Bad ist also vorgefertigt. Das zusammengelebte Fußbodenmehl wird nicht zur Brotzeugung verwendet, sondern mit Teigrabellen verunreinigt.“

Sichtung der Klassenlotterie (10. Tag). Gelesen wurden 63 und 80 als Grundzahlen gezogen. Es gewinnen: 20.000 K das Los Nr. 8568, 10.000 K die Lose Nr. 4068, 4468 und 8788, 5000 K die Lose Nr. 3596, 7468, 14876, 14896, 20996, 20960, 21288, 22806, 22886 und 24468, 2000 K die Lose Nr. 11868, 5186, 5968, 8568, 7486, 9186, 8498, 9088, 10086, 11818, 12496, 12868, 12868, 18008, 18278, 14896, 15786, 15858, 15858, 18068, 18076, 20268, 22266, 22468, 23668 und 23668

Mitteilung aus dem Publikum.

SANATORIUM A. C. S. G. H. - AUSSIEG... Inanrelich Kranke, Erholungsanstalt für... Nach... Kuren, Gelste Kranke ausserhalb... Tel. 27.

SANA in jede Mehlspeise. I EEMARGARINE Mit den langen Winterabenden beginnt die Saison der Handarbeiten... SANA in jede Mehlspeise. I EEMARGARINE

In jeder Hausapotheke soll der beliebte ORIGINAL-FRANZBRANNTWEIN

ALPA

nicht fehlen. Derselbe wirkt sofort erfrischend in Schwachzuständen und Überanstrengung und ist zugleich das beste Desinfektionsmittel des Körpers als auch der schweren Luft in Wohn- und Arbeitsräumen.

ALPA

MENTHOL-FRANZBRANNTWEIN

Überall erhältlich! - Preis K 5.-

Der Winter der ist da!

Schneefürne Wetter thäden - Grimmige Kälte.

Seit einigen Tagen herrscht in den Gebieten dieses Staates eine grimmige Kälte, in den Grenzbergen ist schon an vielen Stellen reichlich Schnee gefallen.

Nord-, West- und Süddeutschland

In den letzten 48 Stunden heftige Schneestürme, die vielfachen Schäden angerichtet haben und teilweise Störungen von Telegraphen und Telefonleitungen verursachten.

Schleswig - Holstein

ging ein Nordweststurm mit Schneetreiben nieder, der im Eisenbahnverkehr mannigfache Störungen hervorrief.

Rheinlande

herrscht bei ein Grad Kälte Schneesturm. Der Schnee liegt bis fünf Zentimeter hoch.

Schwaben

ist vollkommen eingeseiht. Die Schneehöhe beträgt 60 bis 70 Zentimeter, an verwehten Stellen ein bis einhalb Meter.

Kriegervereine des Kyffhäuserbundes, dessen Sprecher kürzlich beim Reichskriegertag in Leipzig erklärt hat, man müsse erst mit den Fingernägeln von dieser Republik die Schande... Herrschende Kälte, die die proletarischen Frontsoldaten an der Erhebung des tapferen deutschen Kmpflingers teilnehmen, so muß man sich fragen, wozu eigentlich derartige Totenfeiern veranstaltet werden.

Der letzte deutsche Kronprinz und Friedrich der Große werden von den unverbesserlichsten Unterthanen immer wieder in Parallele gestellt. So schreibt irgendein Kriegerverein im 'Vöhrner Tageblatt' folgenden Erguß: 'Das war der Kronprinz, der tiefenste, geistvolle, gereifte, deutsche Mann, dessen Lehnl...'

Einer Amsterdamer Meldung zufolge hat ein gestern nachmittag eingesehter und bis in die Nacht hinein andauernder Sturm in zahlreichen Orten

Neu - Hollands

starken Schaden angerichtet. Im Amsterdamer Hafen sind 14 beladene Schifferläne gesunken. Im Rotterdamer Hafen sind mehrere große Schiffe beschädigt, in zahlreichen Orten wurden Personen durch herabfallende Ziegel und entwurzelte Bäume verletzt.

Schwed,

mit Ausnahme des Südens, schneit es seit vorgestern Nacht stark. Im Gebirge liegen zwanzig Zentimeter Neuschnee und die Temperatur sank auf 10 bis 15 Grad unter Null.

Großbritannien

herrscht Winterwetter. Die Temperatur ist niedrig und über der Nordsee wütet ein heftiger Sturm. Mehrere Schiffe wurden beschädigt und es wird gemeldet, daß viele Menschen ums Leben kamen.

mit Friedrich dem Großen, besonders von der Seite gesehen, geradezu erstaunlich hervortrat. 'Da u schreibt Hans Reimann im 'Stachelschwein': 'Der alte Fritz hat Stundenlang über Menschheitensnöpfe nachgedacht, und der Sohn Wilhelms II. hat während des Weltkrieges das Leben eines 'einfachen' Musikers gelebt. Aber damit hat sich die Uchlichkeit restlos erschöpft!'

Wetterübersicht vom 27. November. In der Nacht auf Freitag hat es sich in Böhmen teilweise ausgeheitert; infolgedessen sind die Temperaturen auch in tieferen Lagen ziemlich unter dem Gefrierpunkt gesunken. (Prag minus 5, Budweis minus 6, Eger und Klattau minus 12 Grad Cels.). In Mähren und in der Slowakei blieben die Nachttemperaturen nahe 0 Grad C. Auch am Donnerstag waren die wiederholten Schneehauer in tieferen Lagen nicht ergiebig, nur in der Tatra herrschte starker Schneefall (Schnee 8 mm, Wasserwert). - Wahrscheinliches Wetter von Samstag: Veränderlich, zeitweise Schauer, etwas wärmer, West- bis Nordwind.

Der Film.

'Die Jarin.' Der Name Ernst Lubitsch, der den Film nach dem gleichnamigen Theaterstück von L. Viro und M. Lengyel gedreht hat, bürgt schon für ein gehaltvolles Erzeugnis. Die Handlung führt uns in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, da Katharina II. Jarin von Rußland war. Die leichtlebige Herrscherin verliebt sich in einen jungen Offizier, der mit einer ihrer Hofdamen verlobt ist, und macht ihn zu ihrem Geliebten. Ernst Lubitsch verstand es meisterhaft, all die sich daraus ergebenden Verwicklungen, die gleich launig und humorvoll, gleich padend dramatisch sind, auf die reinwand zu bannen.

Emil Jannings spielt die Hauptrolle in dem Großfilm 'Varieté', der die Ufa gedreht hat. Die Regie führt E. A. Dupont, die weibliche Hauptrolle verkörpert Lya de Putti. Der Film wird in Deutschland bereits vorgeführt.

Strickgarne

edelster Qualität aus reiner Schafwolle

Man achte auf die Sternmarke und das nebenstehende Garantiefzeichen

Einiges über die Schnittformen der Mäntel.

Wir führen heute unteren Referenzen vier Mäntel im Bilde vor, deren Schnittformen für die herrschende Mode besonders charakteristisch sind. Bekanntlich ist ein moderner Mantel entweder ganz durchgehend in eins oder mit mehr oder weniger hohem Ansatz geschnitten. Die erstere Art rannert unter die sogenannte Herrenform, die letztere Art repräsentiert die neuere wieder mehr weibliche Schnittform. Der Mantel C 7048 ist beispielsweise ganz durchgehend mit gerillten Vorder- und Rückenteilen geschnitten und besteht im ganzen aus Nebenfaseln. Die einzelnen Teile sind nach unten je derart erweitert geschnitten, daß auch dieser durchgehend

schneiten-Mantel die moderne geschweifte Linie aufzuweisen hat. Gleichfalls ganz durchgehend geschnitten ist der nur aus drei Teilen bestehende Mantel C 7044. Auch dieser Mantel ist streng herrenmäßig abgearbeitet und dementsprechend mit hohem Koller, Umgelegtren, Karmelaufschlägen, hohem Einschnitt, eingelebten Taschen und doppelseitigem Knopfschluß versehen. Die Ärmel sind normalen Ärmellängen ganz eingelebt. Gleichfalls nur aus drei Teilen besteht der ebenfalls ganz durchgehend geschnittene Mantel C 7045. Am Unterschied zu dem vorher beschriebenen hat dieser Mantel Schulterärmel, sogenannte Raglanärmel und aufge-

setzte Taschen. Ob man den normal eingelebten Koller oder den Raglanärmel wählt, bleibt sich gleich, beide Kollertypen funktionieren die augenblickliche Mode. Im Vergleich zu den drei anderen Mänteln, zeigt der Mantel C 7049 die Form mit Ansatz. In der hinteren Mitte ist durchgehend geschnitten, wird die Länge vorn und seitlich durch einen rund geschnittenen Schoßteil ergänzt, wodurch die modisch geforderte Erweiterung nach unten erreicht wird. Dem ganzen Charakter dieses Mantels entsprechen die mehr Herren- denn die hochgehender tragen anspricht und entspricht ferne die Faltenfolge. G. D. S.



C 7048 Mantel aus Wolle mit feinem Schnittmuster, für alle Größen verwendbar, Preis K 7,50. C 7049 Mantel aus Wolle mit feinem Schnittmuster, für alle Größen verwendbar, Preis K 7,50. C 7044 Raglanmantel in gerader Form Doppelseitig geschnitten, in der Mitte mit Doppeltaschen und hohem Koller gearbeitet, Preis K 7,50. C 7045 Mantel aus Wolle mit feinem Schnittmuster, für alle Größen verwendbar, Preis K 7,50.

C 7048 C 7049 C 7044 C 7045

wendbar, sind vorzüglich und foglich erhältlich, Preis K 7,50. C 7044 Raglanmantel in gerader Form Doppelseitig geschnitten, in der Mitte mit Doppeltaschen und hohem Koller gearbeitet, Preis K 7,50. C 7045 Mantel aus Wolle mit feinem Schnittmuster, für alle Größen verwendbar, Preis K 7,50.

Vorkaufsstellen d. gebrauchsfähigsten SEMPER-Schnittmuster: Die Central-der 'GEC', Prag II, Pilsenerstr. 4 und a/c Warenhäuser der 'GEC' in Prag II, Polit. S. Karmel Reimann. In Prag VII, Křiškov 42, Gustav Block.

Die Sowjetregierung behauptet... In England ist eine alte Dame gestorben; die Witwe nach dem früheren König. Daraufhin hat der russische Geschäftsträger im Auftrag der Sowjetregierung dem englischen Auswärtigen Amt folgende Mitteilung gemacht: 'Ich habe die Ehre, der englischen Regierung das tiefste Bedauern und die herzlichste Anteilnahme meiner Regierung, einschließlich des Verlustes auszusprechen, von dem Se. Majestät der König und die königliche Familie durch den Tod der Königin Alexandra betroffen worden sind.' Wie man also sieht: das Bedauern erfolgt streng nach dem Brevetier!

Das Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold' ist anlässlich der von der deutschen Reichswehr in Berlin veranstalteten Weisungsfeier für den Reichspräsidenten von Reichshofen vom Wehrkreiskommando III mit folgender Begrüßung ausgesprochen worden: 'Dem Auftrag des Reichspräsidenten Schwarz-Rot-Gold vom 18. d. Mts. kann nicht entsprochen werden, da gemäß Verfügung des Reichspräsidenten bei der Weisungsfeier des Reichspräsidenten Reichshofen die Teilnahme politischer Verbände jeglicher Art grundsätzlich nicht gestattet ist.' Das Reichsbannerministerium betrachtet also die drei Millionen Frontkämpfer, die hinter dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold stehen, als 'politisch' und die Regiments- und

Volkswirtschaft.

Rationalisierung.

Nur allmählich wird sich die bürgerliche Gesellschaft des chaotischen Zustandes bewusst, der ihr ganzes Wirtschaftsleben von Krise zu Krise sammeln läßt. Von Professoren, Fabrikdirektoren und Reformern wird in zahllosen Büchern und Broschüren als Allheilmittel der Wirtschaftsgesundung die Rationalisierung empfohlen. Sie schützt Material- und Zeitverschwendung, macht die Produkte besser und wohlfeiler, die Arbeiter in ihrer Handfertigkeit geschickter und die Arbeit bequemer, sie hebt die Zahl der Beschäftigten, die Löhne, die Moral und den Unternehmergewinn, wie alles bei Henry Ford so hübsch zu sehen steht. Dieser Mann macht sich aber gleichzeitig auf zwei Seiten beliebt und verdächtig, er kämpft auf die Gewerkschaften, die Sozialisten und das „nützliche Gift des Klassenkampfes“ und behauptet dann wieder, „daß hohe Löhne das einträglichste aller Geschäftsprinzipien sind“. Trotz seiner vielen Gedanken, manchmal ein wenig hausbackener Ansichten über Arbeiterschutz und Entlohnung, das gegenwärtige Kreditwesen, die Art des Verkaufens usw., aus denen jeder unserer hiesigen Unternehmer viel nützliches lernen könnte, trotz dieser Vorzüge ist Ford über das Wesen der Wert- und Mehrwertbildung, der kapitalistischen Produktion und aller ihrer Erscheinungen völlig im unklaren. Er ist eben kein Theoretiker und Herr Walcher tut ihm zuviel Ehre an, wenn er seiner Broschüre den Titel „Ford oder Marx?“ gibt.

Ford will die Fabrik nicht als „Esel im Stredich“ betrachten wissen und betont immer und immer wieder die Pflicht des Dienens, worunter er die Gütererstellung für den Bedarf der Allgemeinheit und nicht des Profites wegen versteht. Verurteilt er folgermaßen eine mythisch kapitalistische Erscheinung, die anarchische Produktion, so erwartet er dennoch den Umschwung von der Individualwirtschaft. Ford selbst verdammt seinen Vorprung als Automobillöhning der Monopolstellung, die er einnimmt und diese zum guten Teile der Rationalisierung, obwohl es neben vielen anderen Umständen, die hier nicht alle angeführt werden können, auch nicht unwesentlich ist, daß bei ihm Erfindungsgeist und Organisations-talent zufällig einmal im Gehirne eines Unternehmers stecken. Die sein Vorprünge und nicht der Rationalisierung an sich, sind die höheren Löhne und die besseren sanitären Lebensverhältnisse der Fordarbeiter geschuldet. Unsere Stellung zur Rationalisierung kann sich aber nicht nach den Vorteilen richten, die sie in einigen Betrieben schafft, sondern nur darnach, was sie für das Wirtschaftsleben überhaupt bedeutet. Hier zeigt sich nun, daß keine der marxistischen Lehren über die Anwendung der Mechanik unzulänglich wird. Die Rationalisierung ist, kurz gesagt, für den Gesamtprozeß der Wirtschaft das, was die Maschine für den einzelnen Arbeitsvorgang ist. Wie die Maschine, an sich Werkzeug und Gehilfe des Arbeiters, unter kapitalistischer Anwendung zu seiner Tyrannei geworden ist, so entfaltet auch die Rationalisierung erst im Sozialstaate wirklich alle eingangs erwähnten Vorteile.

Aber auch andere machen Fords vielbesprochenen Kunststücke mit der Transportbahn und der verzweigten Arbeitsteilung nach und heute, wo nicht mehr Länder, sondern Erdteile den Wirtschaftskrieg gegeneinander führen, wirkt sich das Konkurrenzgesetz doppelt heftig aus. Die verdrängten Arbeiter streikern in einzelnen Ländern ins Ungemessene die Zahl der Arbeitslosen, während in anderen Industrien, die gerade Konjunktur haben, der Arbeitsnachfrage verlängert werden soll. Neker die Geist und Körper verkümmelnde Wirkung, die die ununterbrochene Berrichtung desselben Handgriffes zur Folge hat, sind alle medizinischen Autoritäten einig, wenn auch ein paar Philantropen jetzt in das unerforschte Land der Arbeiterseele Entdeckungsfahrten unternehmen und dann berichten, die Arbeiter seien geistig träge und fühlen sich als Maschinen wie ein Fisch im Wasser. Die Leistung der Arbeit verurteilt überdies viele qualifizierte Arbeiter dazu, den Maschinen Handlangerdienste zu leisten und macht sie natürlich jederzeit durch billige, ungelernete Kräfte ersetzbar.

Wollten wir rundweg Gegner des industriellen Fortschrittes sein, gleichen wir jenen verpöfelten Sandwebern, die sich an den mechanischen Webstühlen, ihren Broträufern, rächen, weil sie zwischen der Mechanik und ihrer kapitalistischen Anwendung nicht zu unterscheiden vermöchten. Unser Kampf gilt den Anwendern, den Kapitalisten und nicht dem Werkzeug. Wie allenthalben der Rohstoffverwüstung entgegengegriffen wird, verlangen wir ebenso, daß an der menschlichen Arbeitskraft kein Raubbau getrieben werde.

Erst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung können die Früchte der Rationalisierung von der Gesamtheit geerntet werden, während es dem Kapitalismus bisher stets gelungen ist, die schönsten Siege des menschlichen Geistes in die Fesseln seiner Träger umzuschmeißen.

Vermittlung von Behrlingsarbeit.

In Nr. 38 seiner Mitteilung legt das statistische Staatsamt zum erstenmale ausführlichere Daten über die Vermittlung von Behrlingsarbeiten für das Jahr 1924 vor, und zwar nach der Art der Vermittlungsanstalten (öffentlich-rechtliche, gewerkschaftliche, sonstige), nach Berufsgruppen und Ländern sowie nach Berufen. Darnach bevarben

sich im Jahre 1924 um Stellen 19.537 Personen, und zwar 16.508 Männer und 3029 Frauen. Die Zahl der angemeldeten Stellen betrug 23.878, davon 20.384 männliche und 3494 weibliche. Die Anzahl der besetzten Stellen betrug 14.671, davon 12.268 männliche und 2403 weibliche. Im Detail geht aus der Statistik hervor, daß die öffentlich-rechtlichen Vermittlungsanstalten weit mehr in Anspruch genommen werden als die gewerkschaftlichen.

Ein gewerkschaftliches Schutz- und Truhbündnis. Die Organisationsvorstände des Einheitsverbandes der Eisenbahner, des Deutschen Verkehrsverbundes, des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes und der Reichsgewerkschaft der Kommunalbeamten, Orts- und Bezirksleitungen, haben in einer gemeinsamen Konferenz am 11. November in Frankfurt a. M. beschlossen, für ihre Organisationsbereiche ein Schutz- und Truhbündnis zu bilden. Der engere Zusammenschluß dieser vier Verbände ist infolge der Konzentration der Arbeitgeberverbände zur Notwendigkeit geworden. Er stützt sich auf Beschlüsse, die von den Verbänden der vier Verbände einheitlich gefaßt wurden. Der Pflicht- und Aufgabentkreis der zu solidarischem Handeln sich zusammenschließenden Verbände wird in einem Kartellvertrag festgelegt. Die Richtlinien hierfür sollen in einer engeren Kommission, in der die vier Verbände ihre Vertretung haben, in diesen Tagen endgültig bearbeitet und bestimmt werden. Nach Erledigung dieser technischen Beratungen werden gemeinsame Vertrauensmännerversammlungen der vier Organisationen Gelegenheit zur Information und Aussprache erhalten.

Prager Produktienbörse. (Offizieller Bericht vom 27. November.) Die besetzte Tendenz der europäischen Märkte, besonders in Berlin und England, hat auch festere Stimmung am Prager Markte zur Folge. Es stehen die Preise aller Getreidearten höher, in erster Reihe aber beim Weizen (harte Qualität), Roggen und Hafer. Die Preisbefestigung kommt nur bei Gerste am wenigsten in Betracht, nachdem das Geschäft in Gerste noch immer ziemlich stochert. Hafer tendiert höher infolge höherer Preise der ausländischen Ware, hauptsächlich Posener Hafer. Der heutige Markt der übrigen Ware, Mehl, Mais, Stroh, Heu und anderen Futtermittel, behauptete gut die Preise von Dienstag. Auch hier kommt festere Tendenz zur Geltung. Amerikanisches Fett ließ wieder etwas nach. Das Geschäft beschränkt sich allerdings bisher nur auf enge Grenzen. Der Be-

such der heutigen Börse war verhältnismäßig gut. — Es notierten in Kd: Böh. Weizen 185—195 ab Prag, Böh. Roggen 185 ab Prag, Böh. Merkantilerste 165—170 ab Prag, Böh. Weißhofer 153 ab Prag, muffiger 146—148 ab Prag, Posener Hafer 146 ab Seidenberg, verpöht, amerikanischer Hafer 146 ab Teichow verpöht, jugosl. Mais, dürr 120 ab Brezburg, rund, kleinlörnig 123 ab Oberberg, Cinquintina 126 ab Oberberg, amer Fett 14 50 bis 14 80 ab Teichow, ungarisches Fett 15 10—15 25 ab Szob; übriges unverändert.

Kunst und Wissen.

„Rigoletto“ von Guij. Verdi. (Neueinstudiert und neuinszeniert im Neuen deutschen Theater.) Da uns die Neueinstudierung der britischen Komödie „Falstaff“ von Verdi schon seit Jahr und Tag versprochen wird, kam diese „Rigoletto“-Neuaufführung ziemlich unerwartet. Vielleicht soll der „Falstaff“ die Ueberraschung zu Verdis 25. Todestag im Jänner 1926 sein? Kapellmeister Steinberg, der die musikalische Neuaufmachung des „Rigoletto“ besorgt hatte, ist ein Verdi-Spezialist. Er schöpft den Stil Verdis vollkommen aus; breit angelegten Hauptzeitmäßen folgen atemraubende, zündende Stretts. Daß er in einer älteren und langsam verlassenden Oper des großen italienischen Operisten die unsterblichen Stellen besonders betonte, sei ihm namentlich gedankt. Wenn ihm als nachschaffenden Meister der Verdischen Tonkunst nicht immer alles so gelang, wie es sein musikalischer Feuergeist wollte, so ist daran vor allem die unzureichende gefangliche Qualität der meisten Hauptdarsteller schuld, von denen keine und keiner jenes große Format besaß, das für diese Art italienischer Oper Lebensbedingung ist. Die Neueinstudierung Oberregisseur Labers schuf mit vorzubereiten Dekorationsmitteln stimmungsvolle Bühnenbilder. Nur die Balletszene im dritten Akte ist weder akustisch vorteilhaft noch praktisch. Auch die Lebendigkeit der großen Ensembles läßt, was namentlich im dritten Akte auffiel, manches zu wünschen übrig. —

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Samstag abends „Lady Fanny“, Sonntag um halb 3 Uhr nachmittags „Graf von Luxemburg“, 7 Uhr „Rosenkavalier“ (Gastspiel Vohnen), Montag „Tiefland“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag abends „Die Steinerndädeln“, Sams-

tag abends „Die tolle Lola“, Sonntag 11 Uhr „Der Adermann und der Tod“, 3 Uhr „Der Mensch im Käfig“, halb 8 Uhr abends „Mutiger Seefahrer“, Montag „Der Gatte des Fräuleins“.

Bereinsnachrichten.

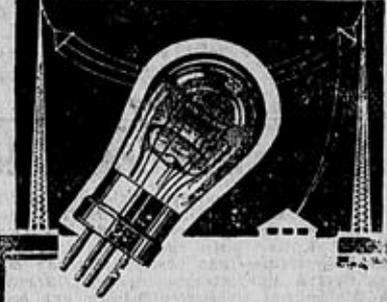
Union der Geschäftsfreunden und Vertreter veranstaltet am 5. Dezember 1925 einen Gesellschaftsabend (Nikolaifeier) im „Radisaale“, Binohrbg., mit anschließendem Tanz und Spenden. Das humoristische Programm besorgen erstklassige Berufskünstler. Tische sowie Kartenvorverkauf täglich im Sekretariat der „Union“, Prag, Jungmannova 29, 3 St. Dorselbst werdet Spenden bis zum 4. Dezember 1925 übernommen. 8745

Turnen und Sport.

Kommender Fußball. Prag: Samstag: Vlaspiel Slavia gegen Oedie VIII. Sonntag: Vlaspiel: Sparta gegen Brkovic, Rukslsta gegen Vitoria Zizkov, MFC gegen Oedie Karlin, Viben gegen EA Klavno, Meteor VIII gegen Slaboj Zizkov. Freundschaftsspiele: Slavia gegen Oechoslowan Rostke, Deutsche Sportbrüder gegen DFC Sturm, DFC Amateure gegen Malostranskö — Der DFC Prag spielt heute in Belgrad gegen DSK und Sonntag gegen Jugoslawia. — Das für den 6. Dezember abgeschlossene Spiel Europa gegen Sparta, Prag, in Barcelona, wurde abgesetzt, so daß das Sporiaturnee erst mit dem Städtekampf Prag gegen Barcelona am 13. Dezember beginnt. — In Zürich soll der Prager DFC am 2. und 3. Jänner als Gast des FC Zürich zwei Gastspiele befechten.

Eishockey. In Berlin schlug der Berliner Schlittschuh-Club, anlässlich der Eröffnung des Sportpalastes, den EC Riechke im Eishockeyspiel mit 4:1 (1:1). — Die Prager Sparta trägt am 5. und 6. Dezember in Wien zwei Eishockeyspiele gegen den Wiener Eisklauf-Verein und den EC Böhleinsdorf aus. — In Polen werden heuer einige Vereine mit der Bereitung des Eishockeysportes beginnen.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riechke. Druck: Deutsche Zeitungs- & S. Prag. Für den Druck verantwortlich C. Doll.



Ist der Empfang Ihres Apparates nicht befriedigend? Eine vollkommene klangleine u. tadellose Reproduktion erhalten Sie nur mit PHILIPS-Radiolampen. Überall erhältlich.

PHILIPS

Essigfabrik H. Jena, Asch
größtes Spezialunternehmen Westböhmens.
liefert nur
garantiert reine
Gärungsessige u. Essigsprit
Lieferant zahlreicher Konsumvereine.



Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacks überall bevorzugt.
Verlangen Sie daher nur
Kalla's Fischkonserven
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!



Frauenlob
Enthält 50% Schicht Seife
Waschextrakt

Sparsam wie ein Hamster.
Wie der Hamster im Sommer seinen Bau mit Vorräten für den Winter reichlich ausstattet, so sind in jedem Paket „Frauenlob“ Kräfte aufgespeichert, welche frei werden und wirken, wenn man die Wäsche mit „Frauenlob“-Waschextrakt einweicht oder kocht.
Wer seine Wäsche schonend und leicht reinigt, verwendet daher:
„Frauenlob-Waschextrakt.“

Verlangt in allen Konsumvereinen und deren Verkaufsstellen alkoholfreies Punsch in nachstehenden Geschmacksarten

Rum-Glüh-Ananas-Bordeaux-Orangen-Vanille-Punsch

Alle ergeben in 1 Teil Extrakt u. 4 Teilen Wasser ein volles Glas. 1 Teil Extrakt f. jedes Alkoholfreie

Erste Knecker
Semi- und Teigwarenfabrik
Hugo Hala, Kladno
liefert
Teigwaren und Makaroni
in vorzüglicher Qualität.
Gegr. 1897. Gegr. 1907